



Münchener Beiträge zur Politikwissenschaft

herausgegeben vom
Geschwister-Scholl-Institut
für Politikwissenschaft

2016

Ana Cancar

**Territoriales Power-Sharing
und Konfliktmanagement in
Afrika. Entstehungsursachen
informeller territorialer Power-
Sharing Institutionen und ihre
Interaktion mit formellen
Power-Sharing Institutionen im
afrikanischen Post-
Bürgerkriegskontext**

Bachelorarbeit bei
Prof. Dr. Berthold Rittberger
SoSe 2016

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	4
1.1 Gegenstandsbereich der Arbeit und Fragestellung	5
1.2 Definition der Forschungsproblematik: Forschungsstand und wissenschaftliche Relevanz des Themas	6
2. Theorie- und Konzeptspezifikation	8
2.1 Definitionen der zentralen Begriffe	9
2.2 Theoretische Grundlagen und Entwicklung der zentralen Hypothesen	11
3. Operationalisierung und Messung	17
4. Untersuchungsdesign	19
5. Empirische Untersuchung	21
5.1 Territoriale Konflikte in der Demokratischen Republik Kongo (DRC) und im Sudan	21
5.2 Warum gibt es informelles territoriales Power-Sharing in der DRC aber nicht im Sudan?	23
5.3 Wie interagieren formelle und informelle Power-Sharing Institutionen in der DRC (2003)?	27
6. Fazit	30
Literaturverzeichnis	33
Eigenständigkeitserklärung	

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Typologie informeller Institutionen	15
Tabelle 2: Erwartete Ergebnisse von DRC (1998 - 2003) und Sudan (1983 - 2005) im Most Similar System Design	21
Tabelle 3: Empirische Ergebnisse von DRC (1998 - 2003) und Sudan (1983 - 2005) im Most Similar System Design	25

1. Einleitung

Spätestens seit der Vorstellung des UN-Friedensförderungs-Konzepts „An Agenda for Peace“ (1992) ist Power-Sharing zu einem weltweit gängigen Konfliktmanagement-Ansatz der internationalen Gemeinschaft geworden, so auch in Afrika, dem Kontinent mit dem höchsten Vorkommen gewaltreicher Konflikte (vgl. Tull/Mehler 2005: 386). Im Laufe der 1990er Jahre kam es daher dort zu einer Interessenverlagerung der Europäischen Union, sowie eines Großteils der westlichen Regierungen und Nichtregierungsorganisationen. Wo Jahre zuvor Demokratieförderung als oberste Priorität in Afrika galt, waren es von nun an Konzepte wie Konfliktmanagement und Konfliktprävention. In diesem Zusammenhang werden Stimmen laut, die behaupten, Power-Sharing sei in den letzten beiden Jahrzehnten in Afrika zum „West’s preferred instrument of conflict resolution“ (Tull/Mehler 2005: 377) geworden. Tatsächlich wurden von 1999 bis 2009 in 17 afrikanischen Ländern Power-Sharing Abkommen unterzeichnet (Mehler 2009a: 3), was eine sehr hohe Zahl ist, besonders vor dem Hintergrund, dass bis heute keine wissenschaftliche Einigkeit herrscht, ob es überhaupt eine signifikante Verbindung zwischen Power-Sharing Abkommen und Frieden gibt. Dies ist auch der Grund, warum am Einsatz westlicher Mächte für Power-Sharing in afrikanischen post-Bürgerkriegsstaaten häufig Kritik geübt wird.

Unter den Kritikern befindet sich der französische Politikwissenschaftler Jean-Francois Bayart, der die westliche Power-Sharing Förderung ablehnt und die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten beschuldigt, mit ihrem Eingreifen, politische Revolutionen verhindert zu haben, die in Afrika zu eigenständigen Transformationen bestehender politischer Missstände geführt hätten. „In so doing, Europe has condemned Africa to further military turmoil in the form of civil wars and interventions of a para-colonial or proto-colonial type by some Sub-Saharan states (Bayart 2004: 456). Solche Kritik macht deutlich wie essentiell genaue wissenschaftliche Erkenntnisse zu allen Facetten von Power-Sharing, wie den unterschiedlichen Arten von Power-Sharing oder seinen unterschiedlichen Formalisierungsgraden, für auf Konfliktmanagement und Friedensförderung in Afrika sind.

Um Power-Sharing erfolgreich als Konfliktmanagement-Ansatz einsetzen zu können, muss die Funktions- und Wirkweise von Power-Sharing Institutionen bestens bekannt sein, denn Entscheidungen über Frieden und Konflikt gehen stets mit großer Verantwortung einher, sowohl für westliche Regierungen als auch für westliche Gesellschaften und müssen daher in einem gesellschaftlichen, aber vor allem in einem wissenschaftlichen Kontext breit diskutiert werden. Diese Motivation unterliegt der vorliegenden Bachelorarbeit, die einen Beitrag zur Friedensforschung leistet, in dem sie neue Erkenntnisse zu der Power-Sharing Art liefert, welche von einer großen Zahl von Politikwissenschaftler*innen mit Frieden in Verbindung gesetzt wird - dem territorialen Power-Sharing (vgl. Hoddie/Hartzell 2007; Jarstad/Nilsson 2008).

1.1 Gegenstandsbereich der Arbeit und Fragestellung

Diese Bachelorarbeit beschäftigt sich ausführlich mit territorialen Power-Sharing Abkommen. Trotz zahlreicher Argumente, die aus wissenschaftlicher Sicht für den friedensfördernden Effekt des territorialen Power-Sharings sprechen, kommt diese Dimension des Power-Sharings überraschenderweise am Seltensten in afrikanischen Friedensabkommen vor, wie folgende Zahlen demonstrieren. Von den 48 im Zeitraum 1989 - 2006 unterzeichneten Friedensabkommen in Afrika, wiesen 20 Elemente des politischen, 32 des militärischen und nur 15 Elemente des territorialen Power-Sharings auf (vgl. Zanker et al. 2014: 73). Zanker et al. (2014) argumentieren daraufhin, es gäbe nicht wenig territoriales Power-Sharing in Afrika, es würde stattdessen übersehen werden, weil es häufig eine informelle Form annehme (vgl. Zanker et al. 2014: 72). Daher liegt der Fokus dieser Bachelorarbeit auf *formellen und informellen territorialen Power-Sharing Abkommen in Afrika*.

Ausgehend von Zanker et al. 's (2014) oben aufgeführten Annahme, Helmke und Levitskys (2004) Feststellung, „[that] Political actors respond to a mix of formal and informal incentives, and in some instances, informal incentives trump the formal ones“ (Helmke/Levitsky 2004: 726), sowie von Beobachtungen wie „It is characteristic for neo-patrimonial political systems that the institutions that count are largely *informal* than *formal*“ (Sandbrook, R. 2000, zitiert nach: Spears 2002: 130), möchte diese Bachelorarbeit herausfinden, welche Ursachen hinter der Entstehung informellen territorialen Power-Sharings in Afrika stecken und in welchem Verhältnis formelles und informelles Power-Sharing dabei zueinander stehen.

Der Blick wird dabei ausschließlich auf schwach institutionalisierte afrikanische Staaten gerichtet sein, da laut Brookings Institution Index (2008) Afrika im weltweiten Vergleich zu den Regionen mit der höchsten Konzentration sogenannter „weak and failed states“ (vgl. Rice/Patrick 2008) zählt und um einen repräsentativen Charakter der gewählten empirischen Fälle für den afrikanischen Kontext gewährleisten zu können, erfolgte die Selektion auf dieser Basis.

Die Forschungsfrage lautet: *Warum entsteht in manchen schwach institutionalisierten afrikanischen Post-Bürgerkriegsstaaten mit formellem Power-Sharing, zusätzlich informelles territoriales Power-Sharing und wie interagiert es dort mit dem formellen Power-Sharing?*

Nachdem der Forschungsstand und die wissenschaftliche Relevanz des Themas dieser Bachelorarbeit erläutert wurden, werden im Anschluss die zentralen Begriffe definiert, diese sind *Konfliktmanagement*, *Power-Sharing*, *Territoriales Power-Sharing*, *Informelle* und *Formelle Institutionen*, und die theoretischen Grundlagen zur Beantwortung der Forschungsfrage präsentiert. Basierend auf Helmke und Levitskys (2004) Beobachtung, die Errichtung informeller Institutionen sei die zweitbeste Strategie für politische Akteure, die es nicht schaffen, ihre Forderungen nach formellem territorialen Power-Sharing durchzusetzen, greift diese Arbeit auf Walter's Studie (2003) zurück, worin untersucht wird,

was die Bereitschaft der Zentralregierungen beeinflusst, den territorialen Forderungen von Rebellen-
gruppen nachzukommen oder es nicht zu tun. Als signifikante Einflussfaktoren findet man bei Walter
(2003) die *Anzahl potenzieller Herausforderer*, die *relative Stärke der Zentralregierung* und den
Demokratielevel des post-Bürgerkriegsstaates, welche die unabhängigen Variablen dieser Arbeit sind.
Diese unabhängigen Variablen werden mittels eines Most Similar System Designs für die Fälle
Demokratische Republik Kongo (DRC) (1998 - 2003) und *Sudan (1983 - 2005)* getestet. Die ab-
hängige Variable ist *Entstehung informellen territorialen Power-Sharings*. Der zweite Teil der
Forschungsfrage, dessen Fokus auf der Interaktion zwischen formellem Power-Sharing und zusätz-
lichem informellem territorialen Power-Sharing liegt, folgt einer induktiv-explorativen Herange-
hensweise. Daher wird zunächst die Typologie informeller Institutionen von Helmke und Levitsky
(2004) betrachtet, dann der Fall der DRC analysiert und in die Typologie eingeordnet, und erst im let-
zten Schritt eine explorative Hypothese formuliert. Nach den Erläuterungen zum Vorgehen beim
Messen und Operationalisieren aller relevanten Variablen, werden die empirischen Ergebnisse der
beiden Fälle dargestellt. Abschließend werden die zentralen empirischen Ergebnisse diskutiert und ein
Fazit gezogen.

1.2 Definition der Forschungsproblematik: Forschungsstand und

wissenschaftliche Relevanz des Themas

In den vergangenen drei Jahrzehnten hat sich die Analyse politischer Institutionen zu einem Kernele-
ment der Vergleichenden Politikwissenschaft entwickelt (vgl. Helmke/Levitsky 2004: 725), woran die
vorliegende Arbeit anschließen möchte. Indem sie den Fokus sowohl auf formelle als auch auf in-
formelle Power-Sharing-Institutionen legt, folgt diese Bachelorarbeit Helmke und Levitsky (2004) in
der Auffassung „good institutional analysis requires rigorous attention to both formal and informal
rules“ (Helmke/Levitsky 2004: 726) und gewinnt dadurch an wissenschaftlicher Relevanz.

Die Betrachtung informeller politischer Institutionen, in diesem Fall informeller territorialer Power-
Sharing Abkommen, geht dem Verständnis dieser Bachelorarbeit zufolge, unweigerlich mit einer An-
alyse der lokalen politischen Ebene in den entsprechenden afrikanischen Post-Bürgerkriegsstaaten
einher. Es sei an dieser Stelle betont, dass Studien, welche die lokale Ebene von Power-Sharing
Abkommen betrachten, in der Politikwissenschaft eine Seltenheit darstellen (vgl. Mehler 2009b: 7,
Zanker et al. 2014: 73). „Nevertheless, an analysis of local-level power sharing must be a key element
in any understanding of the scope of shared power within a post-conflict agreement“ (Zanker et al
2014: 74). Diese Betrachtungsweise wird auch in der vorliegenden Arbeit gewählt. Nicht zu vernach-
lässigen ist auch das Bestreben dieser Arbeit den Grundstein zur Schließung einer Forschungslücke zu
legen, die bereits von Bunte und Thaut Vinson (2015) erkannt wurde: „We argue that complementing
the study of formal, national level power-sharing arrangements with research on informal and local

institution provides a fruitful avenue for future research“ (Bunte/Thaut Vinson 2015: 63). Dadurch gewinnt diese Arbeit an zusätzlicher wissenschaftlicher Relevanz.

Obwohl Power-Sharing eine weiterverbreitete und häufig empfohlene politische Maßnahme zur Stabilisierung und Friedenssicherung in Post-Bürgerkriegsstaaten, so auch im afrikanischen Kontext, ist, haben etliche Politikwissenschaftler*innen Power-Sharing Ansätze kritisiert und an ihrer Fähigkeit, zu Frieden und Entwicklung in den betroffenen Staaten beizutragen, gezweifelt (vgl. Binningsbo 2013: 90). Neben Horowitz (1985), Spears (2000, 2002) und Mehler (2009b) sind es vor allem Tull und Mehler (2005), die Power-Sharing im Hinblick auf ihren friedensfördernden Effekt kritisieren. Sie vertreten die Auffassung: „As a result, and irrespective of their effectiveness in any given case, power-sharing agreements may contribute to the reproduction of insurgent violence“ (Tull/Mehler 2005: 375). Statt Frieden zu fördern und zu sichern, sollen Power-Sharing Abkommen Gewalt durch Aufständische reproduzieren. Laut Tull und Mehler (2005) werden in Power-Sharing Abkommen Rebellen Gruppen Anteile an staatlicher Gewalt im Gegenzug zu Frieden angeboten. Damit belohnt das Abkommen das gewaltverherrlichende Verhalten der Rebellen, die den Erfolg ihrer Gewaltanwendung bei der Gewaltbeilegung erkennen (vgl. Tull/Mehler 2005: 394). Andere Politikwissenschaftler*innen dahingegen bezeichnen Power-Sharing Konzepte „as forward-looking, peace-strengthening and democratic“ (Binningsbo 2013: 90). Dazu gehören unter anderem Hartzell und Hoddie (2007), Lijphart (1977), Norris (2008) oder auch Walter (2002), deren theoretische Annahmen zu territorialen Konflikten in der vorliegenden Arbeit eine große Rolle spielen.

Hartzell und Hoddie (2007) führen eine Unterscheidung von Power-Sharing nach seinen verschiedenen Dimensionen ein und identifizieren auf diesem Wege politisches, ökonomisches, militärisches und territoriales Power-Sharing. Einige Politikwissenschaftler*innen argumentieren, dass territoriales Power-Sharing unter den unterschiedlichen Arten von Power-Sharing Abkommen als eine der mächtigeren Formen zur Friedenssicherung gilt (vgl. Hartzell/Hoddie 2003, Jarstad/Nilsson 2008). Hartzell und Hoddie (2007) sind selbiger Ansicht und sehen dafür drei mögliche Gründe. *Erstens*, kann territoriales Power-Sharing durch die Verlagerung von Entscheidungsfindungsprozessen auf staatliche Untereinheiten, subnationale Gruppen vor Eingriffen der Zentralregierung in ihre Gruppenidentität (wie Sprache und Bildung) schützen. *Zweitens*, kann diese Form von Power-Sharing zu einem Machtgleichgewicht zwischen konfligierenden sub-nationalen Gruppen führen und *drittens*, führt Machtgleichgewicht zur Reduktion von Wettkämpfen zwischen sub-nationalen Gruppen in gespaltenen Gesellschaften (vgl. Hoddie/Hartzell 2007: 33f.) Zusammenfassend zum Effekt territorialer Power-Sharing Abkommen schreiben Zanker et al. (2014): „The reasons for and importance of territorial power sharing are clear from a theoretical perspective, as it can reduce the security dilemma of rebels signing a peace agreement (providing a recognized zone of influence outside central govern-

ment control)“ (Zanker et al. 2014: 73).

Angesichts dieser groben Übersicht wird schnell deutlich, das territoriales Power-Sharing als Werkzeug für Konfliktmanagement sowohl erfolgreich Frieden erzeugen, jedoch auch in umgekehrter Richtung dazu, Konflikte beleben oder gar intensivieren kann (vgl. Hartmann 2008: 176). Dadurch wird ersichtlich, dass sich eine große Gruppe von Politikwissenschaftler*innen mit der Frage nach dem friedensfördernden Effekt des territorialen Power-Sharings beschäftigt. Eine andere Gruppe befasst sich hauptsächlich mit dem Formalisierungsgrad dieser Abkommen. Zu diesen gehören Spears (2013), Roessler (2011), Zanker et al. (2014) und einige Andere, die feststellen, territoriales Power-Sharing würde in Afrika zumeist eine informelle Form annehmen. So spielen wissenschaftliche Beiträge, die die Bedeutsamkeit informeller Power-Sharing Institutionen als Konfliktlösungsansätze in afrikanischen Post-Bürgerkriegsstaaten betonen, eine wichtige Rolle für diese Arbeit. Dazu gehört auch der Aufsatz von Bunte und Thaut Vinson (2015), worin deutlich formuliert steht: „There are three reasons why informal power-sharing institutions on the communal level have advantages over abstract, formal, national-level institutions [...]“ (Bunte/Thaut Vinson 2015: 51). Diese bestehen zum Einen in der räumlichen und sozialen Nähe der informellen Power-Sharing Institutionen zu den Personen, deren Verhalten sie beeinflussen sollen. Zum Anderen im idealen Zuschnitt der Institutionen auf die betroffenen Konfliktfelder und -akteur, und zuletzt, in der großen institutionellen Legitimation der informellen lokalen Power-Sharing Institutionen, die aus den Konfliktgruppen kommend für die Konfliktgruppen entworfen wurden (vgl. Bunte/Thaut Vinson 2015: 51).

Eine sehr wichtige Arbeit, die die Bedeutung informeller politischer Institutionen für den afrikanischen Post-Bürgerkriegskontext erkennt, ist die von Helmke und Levitsky (2004). Ihr gelingt es, das Zusammenspiel formeller und informeller politischer Institutionen näher zu beleuchten und damit eine Typologie informeller Institutionen zu kreieren. Diese Arbeit ist neben Walter (2003) die zweite wichtige theoretische Grundlage der vorliegenden Bachelorarbeit und wird im nächsten Kapitel erläutert, nachdem die zentralen Begriffe dieser Arbeit definiert wurden.

2. Theorie- und Konzeptspezifikation

Zunächst soll eine Definition der zentralen Begriffe dieser Bachelorarbeit erfolgen. Dazu gehören *Konfliktmanagement*, *Power-Sharing*, *Territoriales Power-Sharing*, *Informelle* sowie *Formelle Institutionen*. Anschließend wird neben Helmke und Levitskys (2004) Typologie Informeller Institutionen, Walter (2003) als theoretische Grundlage präsentiert, aus der sich die zentralen Hypothesen dieser Arbeit ableiten.

2.1 Definitionen der zentralen Begriffe

Es sei hier angemerkt, dass *Konfliktmanagement* im eingeschränkten Sinne häufig als das Entschärfen oder Verhindern gewaltreicher Konflikte verstanden wird. Hier allerdings gilt es als Konzept, welches jegliche Art positiver Konfliktbearbeitung umfasst (vgl. Harris/Reilly 1998).

Beim Vorhaben, zu definieren, was genau Power-Sharing ist und wie es funktioniert, stößt man auf das Problem, dass in dieser Hinsicht keine politikwissenschaftliche Einigkeit herrscht. Einige Politikwissenschaftler*innen betrachten Power-Sharing als eine bestimmte Regelung innerhalb von Friedensabkommen, andere wiederum sehen es als eine spezifische Art von Regierungsinstitutionen. Wo die einen denken, Power-Sharing wirke demokratiefördernd oder gar friedensstabilisierend, denken die anderen, die Umsetzung von Power-Sharing-Abkommen trage zur Reproduktion von Gewalt zwischen subnationalen Gruppen bei (vgl. Binningsbo 2013: 90). Innerhalb der wissenschaftlichen Debatte über Power-Sharing existieren also zahlreiche Ansätze, um Power-Sharing zu konzeptualisieren, zu messen und den kausalen Mechanismus dahinter zu erklären. Dennoch sehen Wissenschaftler*innen (vgl. Hoddie/Hartzell 2007; Jarstad/Nilsson 2008; Mehler 2009) Power-Sharing überwiegend als in Friedensabkommen vorkommende Regulierungen, zur Inklusion von Rebellen (vgl. Binningsbo 2013: 16). Die am häufigsten vorkommenden Power-Sharing Elemente sind die inklusive und proportionale Repräsentation subnationaler Gruppen in einer Art großen Koalition oder einem Elitenpakt, Dezentralisierung oder Föderalismus, und der Wunsch gemeinsam zu kooperieren (vgl. Spears 2013: 39). „[I]n virtually all cases where power-sharing is justified, it is done on the basis that belligerents are more dangerous if they are aggrieved, excluded, and free from political control than if they are satisfied, included, and sustained by a formal political process“ (Spears 2013: 38). Zum jetzigen Zeitpunkt kann innerhalb der wissenschaftlichen Debatte über Power-Sharing nur festgehalten werden: „there [is] no ‘true’ power-sharing or ‘truth’ about power-sharing“ (Binningsbo 2013: 89). Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass das Power-Sharing Konzept seine Anwendung häufig in schwach institutionalisierten post-Konflikt Staaten findet, ist es umso wichtiger, nachvollziehen zu können, was in bestimmten Kontexten darunter zu verstehen ist.

Die vorliegende Arbeit konzentriert sich auf *territoriales Power-Sharing* in schwach institutionalisierten afrikanischen Post-Bürgerkriegsstaaten. Hoddie und Hartzell (2007) definieren territoriales Power-Sharing wie folgt: „The principal means of allocating territorial power among groups is through territorial autonomy. [...] Territorial autonomy is an institution that provides a means through which compromise can be reached among adverbial groups by following each collectivity a regional base from which it may protect its own interests“ (Hoddie/Hartzell 2007: 33). Ansätze des Konfliktmanagements mit territorialen Strategien beruhen daher stets auf der Annahme, Konflikte könnten durch die Machtverteilung zwischen Zentralregierung und regionalen Eliten reguliert werden. „Terri-

torial power sharing is generally defined as an elite settlement relating to the division of responsibility between different geographical sub-entities of a national territory“ (Zanker et al. 2014: 75). Die Möglichkeit, weitgehend selbstständige Entscheidungen bezüglich politischer, ökonomischer und kultureller Angelegenheiten innerhalb einer bestimmten Region des nationalen Territoriums zu fällen, soll dazu führen, dass potenzielle Konflikte auf zentraler Ebene nicht ausgetragen werden müssen, da sub-nationalen Gruppen und Minderheiten ein gewisses Maß an Selbstbestimmung eingeräumt wird. Gleichzeitig aber variieren die institutionellen Vorkehrungen solcher territorialen Konfliktregulierungsstrategien im Hinblick auf den Autonomiegrad, der einer oder allen sub-nationalen Einheiten zusteht, sowie im Hinblick auf Repräsentations- und Entscheidungsfindungsrechte dieser Einheiten auf der zentralen Regierungsebene (vgl. Hartmann 2013: 123).

Es können in der politikwissenschaftlichen Debatte um Power-Sharing Abkommen unterschiedliche Arten des territorialen Power-Sharings festgemacht werden. Dominierend dabei sind Föderalismus und Dezentralisierung (vgl. Hartmann 2013, Lake/Rothchild 2005, Crawford/Hartmann 2008). „On the one hand, the grievances of groups towards the state can be appeased through the very costly introduction of federalism. On the other hand, competition between groups for access to resources can be reduced through decentralization“ (Zanker et al. 2014: 75). Im Sinne einer Verallgemeinerbarkeit der empirischen Ergebnisse wird in dieser Arbeit jede Institution, die sub-nationalen Gruppen einen bestimmten Grad an territorialer Autonomie oder Aussicht darauf anerkennt, als territoriales Power-Sharing verstanden. In der vorliegenden Bachelorarbeit liegt sowohl formelles als auch informelles territoriales Power-Sharing im Fokus der Betrachtungen.

Der Begriff der *informellen Institutionen* bezieht sich auf Helmke und Levitsky (2004), die darunter für gewöhnlich nicht schriftlich festgehaltene, sozial verbreitete Regeln, welche außerhalb von offiziell sanktionierten Kanälen gebildet, kommuniziert und in Kraft gesetzt werden, verstehen (vgl. Helmke/Levitsky 2004: 727). Um möglichst genau festlegen zu können, was informelle Institutionen sind, ist es von Bedeutung, auch herauszuarbeiten, was sie nicht sind. Dazu sind vier Unterscheidungen notwendig. *Erstens*, unterscheiden sich informelle Institutionen von schwachen Institutionen, die zwar formell geregelt, aber ineffizient sind oder von den jeweiligen politischen Akteuren ignoriert werden. *Zweitens*, müssen informelle Institutionen von anderen informellen Verhaltensregelungen unterschieden werden. „To be considered an informal institution, a behavioral regularity must respond to an established rule or guideline, the violation of which generates some kind of external sanction“ (Helmke/Levitsky 2004: 727). *Drittens*, ist es notwendig, informelle Institutionen nicht mit informellen Organisationen zu verwechseln. Der Gedanke hinter dieser Unterscheidung geht zurück auf Douglas North (1990), der die analytische Trennung zwischen politischen Spielern (Akteuren) und politischen Spielregeln (Organisationen) als essentiell ansieht. Dennoch gibt es

Wissenschaftler*innen, die politische Organisationen mit in ihr Verständnis von politischen Institutionen einbeziehen (vgl. Huntington 1968), was hier aber ausdrücklich nicht getan wird. *Zuletzt*, bedarf es einer Trennung des Begriffs der informellen Institutionen und des breiteren Verständnisses von Kultur, da die Auffassung vertreten wird, dass „Kultur“ informelle Institutionen beeinflussen kann. Trotzdem stellt sie an und für sich ein eigenes Konzept dar (vgl. Helmke/Levitsky 2004: 728). Im Allgemeinen lässt sich im Hinblick auf die Identifizierung informeller Institutionen sagen, dass Erwartungen politischer Akteure angesichts des policy outcomes im jeweiligen Kontext entscheidend sind. „The best way to pursue this agenda is to cast informal institutions in relatively narrow terms by defining informal institution in terms of shared expectations rather than shared values“ (Helmke/Levitsky 2004:728). Hier wird sich der Begriff der informellen Institutionen ausschließlich auf politische Institutionen beziehen.

Im Unterschied zu informellen Institutionen, gelten *formelle Institutionen* bei Helmke und Levitsky (2004) als „rules and procedures that are created, communicated, and enforced through channels widely accepted as official“ (Helmke/Levitsky 2004: 727). Dazu gehören bei ihnen staatliche Institutionen (Gerichte, Gesetzgeber, Bürokrationen), staatlich durchgesetzte Regeln (Verfassungen, Gesetze, Regulierungen) und auch das, was Robert Ellickson als „organization rules“ bezeichnet, offizielle Regeln für Organisationen also (Helmke/Levitsky 2004: 727). In dieser Arbeit wird sich auch der Begriff der formellen Institutionen ausschließlich auf politische Institutionen beziehen.

2.2 Theoretische Grundlagen und Entwicklung der zentralen Hypothesen

Aus Gründen der Übersichtlichkeit und des besseren Verständnisses sind die Ausführungen zu den theoretischen Grundlagen und die Entwicklung der zentralen Hypothesen in Zwei geteilt. Den ersten , deduktiven (*Warum entsteht in manchen schwach institutionalisierten afrikanischen Post-Bürgerkriegsstaaten mit formellem Power-Sharing, zusätzlich informelles territoriales Power-Sharing?*) und den zweiten induktiv-explorativen Teil der Forschungsfrage (*Wie interagiert das informelle territoriale Power-Sharing mit dem formellen Power-Sharing?*).

Entstehungsursachen informeller territorialer Power-Sharing Institutionen

Den ersten Teil der Forschungsfrage findet man auch in der Arbeit von Helmke und Levitsky (2004) wieder. Dort heißt es: „why, given the existence of a set of formal rules and rule-making mechanisms, do actors choose to create informal rules?“ (Helmke/Levitsky 2004: 730). Eine mögliche Antwort der Autoren auf diese Frage bezeichnet die Errichtung informeller Institutionen als zweitbeste Strategie für politische Akteure, die es nicht schaffen, formelle Institutionen zu errichten (Helmke/Levitsky 2004: 733). Verglichen mit anderen Formen von Bürgerkriegen, kamen bei territorialen Konflikten

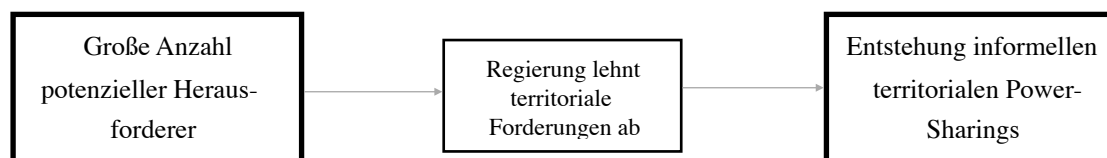
lediglich in 17% aller Fälle, in denen sich Zentralregierungen Rebellen mit Forderungen nach größerer regionaler Autonomie oder Unabhängigkeit konfrontiert sahen, die Regierungen diesen Forderungen tatsächlich nach (vgl. Walter 2003). Inwieweit es subnationale Gruppen mit territorialen Forderungen schaffen können, formelle territoriale Power-Sharing Institutionen zu errichten, hängt also in einem großen Maße mit der Bereitschaft der Zentralregierung zusammen, die Errichtung dieser Institutionen zu bewilligen. Aber was beeinflusst möglicherweise die Bereitschaft der Regierungen, den Forderungen der Rebellengruppen nachzugehen? Diese Frage ist entscheidend im Hinblick auf die Entstehungsursachen informeller territorialer Power-Sharing Institutionen.

Ausgehend von ihrer zentralen Hypothese „A government's willingness to accommodate demands for territorial autonomy or independence will be inversely related to the number of additional challengers a government expects to encounter in the future“ (Walter 2003: 140) weist Walter (2003) in ihrer Studie eine signifikante Verbindung zwischen großer Anzahl ethnopolitischer Gruppen eines Post-Bürgerkriegsstaates und einer geringen Bereitschaft der Zentralregierung, eine formelle territoriale Lösung des Konflikts zu bewilligen, nach. Im Zentrum von Walter's (2003) Argumentation stehen die Erwartungen der Zentralregierungen im Hinblick auf die Zukunft, genauer: potenzielle künftige Gefährdungen durch sub-nationale Gruppen. Demnach verweigern Regierungen die Errichtung formeller territorialer Power-Sharing Institutionen „because they fear that a concession to one state or one separate group will encourage other parties to seek their own share of a limited pie“ (Walter 2003: 138). Je nachdem wie viele potenzielle Herausforderer eine Zentralregierung innerhalb der Landesgrenze sieht, wird sie zustimmend oder ablehnend auf Forderungen nach formellen territorialen Power-Sharing Institutionen reagieren. Wenn es nur eine potenziell herausfordernde sub-nationale Gruppe im Post-Bürgerkriegsstaat gibt, dann wird die Regierung, so Walter (2003), mit hoher Wahrscheinlichkeit einer formellen institutionellen Lösung zustimmen, weil die Umsetzung der Forderung geringere Kosten für die Regierung aufkommen lässt als ein erneuter Krieg oder „developing a reputation“ (Walter 2003: 139). Anders sieht es aus, wenn sich die Zentralregierung mit einer Vielzahl von potenziellen Separatisten konfrontiert sieht. „In a situation of multiple challengers, the first group decides whether to seek self-determination or accept the status quo. This time, however, all other potential separatist groups have the chance to observe what the government does and they can use this information to update their beliefs about what the government will do if the themselves choose to act“ (Walter 2003: 140). So wird die Regierung bei einer hohen Anzahl an potenziellen Herausforderern die Ersten, die Forderungen stellen, eher ablehnen, weil sie sich dessen bewusst ist, „that the game could be repeated as many times as there are separatist groups“ (Walter 2003: 140), sodass diese sub-nationalen Gruppen informelle territoriale Power-Sharing Institutionen errichten.

Die seltene Zustimmung zu formellen territorialen Power-Sharing Institutionen ist also das Resultat eines sogenannten „reputation-building“ (Walter 2003: 138), wobei sich Zentralregierungen dazu entschließen, wenn es eine große Anzahl ethnopolitischer Gruppen im Land gibt, die ersten Herausforderer bereits abzuweisen, um weiteren potenziellen Herausforderern die Stärke und Entschlossenheit der Regierung zu signalisieren und sie damit abzuschrecken (vgl. Walter 2003: 139).

Zu einer ersten Hypothese formuliert, heißt der Zusammenhang dann¹:

Hypothese 1: *Wenn es in einem Post-Bürgerkriegsstaat eine große Anzahl potenzieller Herausforderer der Zentralregierung gibt, dann wird die Regierung Forderungen nach formellem territorialen Power-Sharing eher ablehnen und stattdessen kommt es zur Entstehung informeller territorialer Power-Sharing Institutionen.*

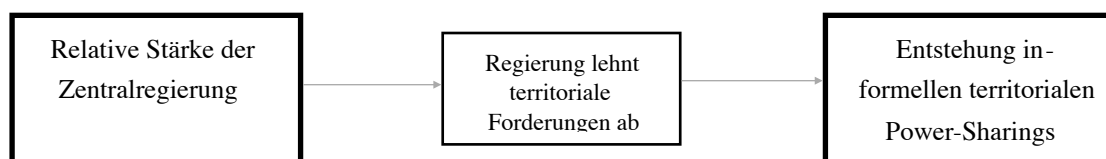


Neben der Variable *Anzahl potenzieller Herausforderer* findet Walter (2003) zwei weitere signifikante unabhängige Variablen, die die Bereitschaft der Zentralregierung, territorialen Forderungen von sub-nationalen Gruppen entgegenzukommen, beeinflussen. Die zweite signifikante unabhängige Variable ist *Relative Stärke der Zentralregierung*. Walter (2003) deckt einen Zusammenhang zwischen der Stärke der Regierung in Relation zu den herausfordernden sub-nationalen Gruppen und ihrer Bereitschaft, territorialen Forderungen dieser Gruppen nachzugehen, auf. „Balance of capabilities arguments predict that stronger governments would be less likely to accommodate challengers, all else being equal. However, [Walter (2003)] shows that governments with higher military expenditures are more likely to accommodate territorial challengers, not less“ (Walter 2003: 146). Eine mögliche Erklärung dafür könnte sein, dass „government military spending“ (Walter 2003: 146) eher als Anzeichen für relative Regierungsschwäche statt wie bis dato für relative Regierungsstärke zu werten ist. Zentralregierungen, welche sich mit relativ starken sub-nationalen Gruppen auseinandersetzen, müssen angesichts der großen Bedrohung durch diese Gruppen ihre Militärausgaben vergrößern (vgl. Walter 2003: 146). In vielen Fällen allerdings, so Walter (2003) weiter, würden diese erhöhten militärischen Ausgaben der Zentralregierung irgendwann nicht ausreichen, den Sieg der Regierung über die starken sub-nationalen Gruppen zu sichern, sodass die Regierung den territorialen Forderungen doch zustimmt.

¹Im mittleren Kasten ist der Mechanismus dargestellt, der sich laut Helmke und Levitsky (2004) hinter der Entstehung informeller territorialer Power-Sharing Abkommen verbirgt.

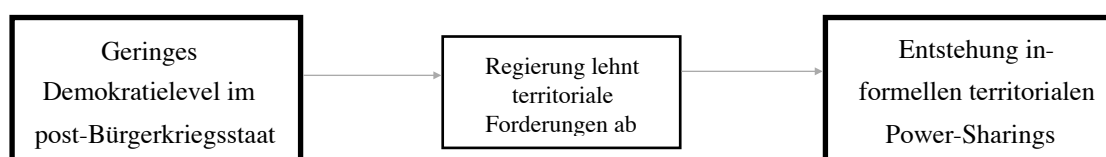
Ob sich die Zentralregierung für oder gegen eine Bewilligung territorialer Forderungen entscheidet, hängt demzufolge von ihrer Siegeswahrscheinlichkeit gegen potenzielle Herausforderer ab (vgl. Walter 2003: 141). Hypothese zwei ist eine Umkehrung der Balance of Capabilities-Hypothese² (vgl. Morgenthau 1978; Waltz 1979) und lautet:

Hypothese 2: *Je stärker eine Zentralregierung in Relation zu ihren sub-nationalen Gruppen ist, desto eher wird sie Forderungen nach formellem territorialen Power-Sharing ablehnen und stattdessen kommt es zur Entstehung informeller territorialer Power-Sharing Institutionen.*



Die letzte signifikante Variable ist *Demokratielevel*, deren Test bei Walter (2003) ergibt, dass die Regierungen demokratischerer Staaten eine höhere Bereitschaft aufweisen, territorialen Power-Sharing Abkommen zuzustimmen. Staaten mit einem hohen Demokratielevel würden demnach mit einer 39% höheren Wahrscheinlichkeit als Staaten mit einem niedrigen Demokratielevel, Forderungen von sub-nationalen Gruppen nach formalen territorialen Power-Sharing bewilligen (vgl. Walter 2003: 148). Angenommen wird, dass der Grund dafür in den demokratischen Normen und Werten eher zu liegen hat als in den demokratischen Institutionen selbst. „It could be that the constraints imposed by the public’s aversion to war increase the likelihood of accommodation, but it could also be greater sympathy for the rights of individuals seeking self-determination or the greater variety of possible concessions that democracies can offer that drives behavior“ (Walter 2003: 146). Es bleibt künftigen Forschungsarbeiten überlassen, den genauen Kausalzusammenhang hinter dieser signifikanten Verbindung zu identifizieren. Aus den bisherigen Erkenntnissen ergibt sich die dritte Hypothese:

Hypothese 3: *Wenn ein Post-Bürgerkriegsstaat ein geringes Demokratielevel aufweist, dann wird die Regierung Forderungen nach formellem territorialen Power-Sharing eher ablehnen und stattdessen kommt es zur Entstehung informeller territorialer Power-Sharing Institutionen.*



² „The stronger a government is relative to a challenger, the less likely the government is to acquiesce“ (Walter 2003: 141)

Nachdem die ersten Betrachtungen den Entstehungsbedingungen informeller Institutionen galten, ist nun ein Blick auf die Fälle zu werfen, wo in schwach institutionalisierten afrikanischen Post-Bürgerkriegsstaaten informelle und formelle Power-Sharing Institutionen aufeinander treffen. Damit soll eine mögliche Antwort auf den zweiten Teil der Forschungsfrage, *Wie interagiert informelles territoriales Power-Sharing mit formellen Power-Sharing Institutionen?* gefunden werden.

Interaktionsdynamik zwischen formellen und informellen Power-Sharing Institutionen

In Erweiterung des Werkes von Hans-Joachim Lauth (2000) entwickeln Helmke und Levitsky (2004) eine Typologie informeller Institutionen, welche für die Beantwortung des zweiten Teils der Forschungsfrage von Bedeutung ist. Diese Typologie informeller Institutionen basiert auf zwei Dimensionen. Die erste Dimension *Outcomes* nimmt in Augenschein, inwieweit die erwarteten politischen Resultate der formellen und informellen Institutionen voneinander abweichen. Wenn das Befolgen informeller Institutionen zu komplett anderen Ergebnissen führen würde als das Befolgen formeller Institutionen so ist die Rede von divergierenden (*Divergent*) politischen Resultaten. Andernfalls konvergieren (*Convergent*) die politischen outcomes der formellen und informellen Institutionen. Bei der zweiten Dimension der Typologie, *effectiveness*, geht es um die Wirksamkeit der relevanten bereits bestehenden formellen Institutionen. Unter Wirksamkeit verstehe man an dieser Stelle „the extent to which rules and procedures that exist on paper are enforced and complied with in practice“ (Helmke/Levitsky 2004: 728). Effektive politische Institutionen machen die Umsetzung von Entscheidungen politischer Akteure möglich. Zudem gehen die politischen Akteure in diesen Fällen von einer hohen Wahrscheinlichkeit aus, bei Nichtberücksichtigung bzw. -einhaltung formeller Institutionen von den entsprechenden offiziellen Autoritäten sanktioniert zu werden. Im Falle ineffektiver formeller Regeln und Prozeduren gehen die politischen Akteure dahingegen von geringen Kosten bei Nichteinhaltung aus (vgl. Helmke/Levitsky 2004: 728).

Das Ergebnis ist eine Unterscheidung zwischen vier verschiedenen Typen informeller Institutionen (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1: Typologie informeller Institutionen

Outcomes	Effective formal Institutions	Ineffective formal Institutions
Convergent	Complementary	Substitutive
Divergent	Accommodating	Competing

Quelle: Helmke/Levitsky 2004: 728

Es ist offensichtlich, dass formelle und informelle Institutionen auf unterschiedliche Arten miteinander interagieren können. Im Fokus dieser Arbeit stehen aber schwach institutionalisierte afrikanische Staaten, die vom *Index of State Weakness in the Developing World* anhand von 20 Indikatoren in 4 Kategorien als solche identifiziert wurden. Einer dieser Indikatoren ist *Government Effectiveness 2006* (World Bank), demnach schwach institutionalisierte Staaten ineffektive Institutionen aufweisen. Dies wird von Carl Rosberg und Robert Jackson für den afrikanischen Post-Bürgerkriegskontext bestätigt. „From independance onward, [...], most contemporary African states maintained abstract political institutions, but they do not have them in the concrete or realized sense. Institutional rules do not effectively govern the behavior of most leaders most of the time“ (Jackson/Rosberg 1984, zitiert nach: Spears 2013: 43). Vor dem Hintergrund, der in dieser Arbeit angesetzten scope condition „schwach institutionalisierte afrikanische Post-Bürgerkriegsstaaten“ kann es sich bei den hierbei betrachteten informellen Institutionen daher nur um *Substitutive* oder *Competing informal institutions* handeln. *Competing informal institutions* sind informelle Institutionen, die mit ineffektiven formalen Institutionen koexistieren. Diese informellen Institutionen strukturieren Verhaltensweisen so, dass diese mit den formellen Vorgehensweisen inkompatibel sind: „to follow one rule, actors must violate another“ (Helmke/Levitsky 2004: 729). Die am Häufigsten auftretenden informellen Institutionen sind Klientenismus, Patrimonialismus und Korruption. Solche informellen Institutionen treten vor allem in post-kolonialen Kontexten auf, wo formelle Institutionen auf autoritäre Strukturen treffen oder von „Dritten“ (ausländischen politischen Akteuren) aufoktroziert werden. *Substitutive informal institutions* dahingegen werden von Akteuren eingeführt, die politische Ergebnisse anstreben, welche mit formellen Regeln und Prozeduren kompatibel sind. Das führt dazu, dass solche informellen Institutionen das erreichen, was die Formellen politisch hätten erreichen sollten, jedoch scheiterten, dies tatsächlich umzusetzen. „Although substitutive informal institutions such as concertaciones and rondas campesinas subvert formal rules and procedures, they may help achieve results (resolution of postelectoral conflict, public security) that the formal rules failed to achieve“ (Helmke/Levitsky 2004: 730).

Im Laufe dieser Arbeit soll für den Fall der Demokratischen Republik Kongo der Typ, der dort vorgefundenen informellen Institutionen (informelles territoriales Power-Sharing) identifiziert werden und damit geklärt werden, wie informelles territoriales Power-Sharing und formelles Power-Sharing (militärisch/politisch) in der DRC (2003) interagieren.

3. Operationalisierung und Messung

Der Nachweis für die schwache Institutionalisierung des jeweiligen afrikanischen Landes erfolgt durch den „Index of State Weakness in the Developing World“ (Rice/Patrick 2008), welcher sich aus 20 Indikatoren³ zusammensetzt. Rice und Patrick (2008) sehen schwach institutionalisierte Staaten als „[states] unable or unwilling to provide essential public services, which include fostering equitable and sustainable economic growth, governing legitimately, ensuring physical security, and delivering basic services“ (Rice/Patrick 2008: 5) an. Der Index umfasst die 141 schwächsten Staaten weltweit, wobei Punkte von 0.00 bis 10.00 vergeben werden. Eine Wertung von 0.00 repräsentiert die schlechteste Wertung im Gesamtranking und 10.00 die Beste. Je weiter vorne (z.B. #1) ein Land platziert ist, desto schwächer ist es institutionalisiert. Sofern das Land in dem Ranking dem Bottom Quintile (rot) zugeordnet wird, gilt es als schwach institutionalisiert.

Zur Typologisierung informeller Institutionen (vgl. Helmke/Levitsky 2004) bedarf es Daten zur *effectiveness*, der Wirksamkeit der relevanten bereits bestehenden formellen Institutionen. (vgl. Helmke/Levitsky 2004: 728). Diese wird mithilfe des *Government effectiveness index* der WorldBank bestimmt, wo ein Wert von -2.5 für ineffektive formelle Institutionen steht und ein Wert von 2.5 für Effektivität (vgl. The Global Economy 2016). Mit einem Ergebnis von weniger als 0.00 wäre die Bedingung *Ineffective formal Institutions* erfüllt, andernfalls wäre das Ergebnis ein Beweis für *Effective formal Institutions*.

In der vorliegenden Arbeit wird die Existenz formeller Power-Sharing Institutionen durch ihre schriftliche Verankerung in der jeweiligen nationalen Verfassung, in dem jeweiligen nationalen Friedensabkommen, durch Power-Sharing Abkommen oder durch die jeweilige nationale Gesetzgebung, in der es ein entsprechendes Gesetz gibt, das das Bestehen bzw. die Entstehung formeller Power-Sharing Institutionen thematisiert, nachgewiesen. Entscheidend dabei ist, dass es im jeweiligen Land ein offizielles Dokument gibt, welches die politische Machtverteilung im Post-Bürgerkriegsstaat reguliert und gleichzeitig von nationalen Gerichten, Gesetzgebern oder politischen Amtsträgern gebilligt wurde. Wie die *erwarteten politischen outcomes der formellen Power-Sharing Institutionen* aussehen wird anhand einer Analyse der jeweiligen konstituierenden Power-Sharing Dokumente er-

³ GNI per capita (2006, World Bank); GDP growth (2002- 2006, World Bank); Income inequality (2006, World Bank); Inflation (2002-2006, International Monetary Fund); Regulatory Quality (2006, World Bank); Government effectiveness (2006, World Bank); Rule of law (2006, World Bank); Voice and accountability (2006, World Bank); control of corruption (2006, World Bank); Freedom Ratings (2006, Freedom House); Conflict intensity (1992-2006, Center for Systemic Peace); Political stability and absence of Violence (2006, World Bank); Incidence of coups (1992-2006); Gross Human Rights abuses (1992-2006, Political Terror Scale); Territory affected by conflict (1991-2005, Political Instability Task Force); Child mortality (2005, UNICEF); Primary school completion (2005, World Bank); Undernourishment (2004, Food and Agriculture Organization); Percent Population with access to improved Water sources, and with access to improved sanitation Facilities (2004, World Bank); Life expectancy (2005, World Bank)

mittelt. Dabei wird vor allem darauf geachtet werden, welches Ziel für die Power-Sharing Institutionen formuliert wird und welche Begründung sich hinter der Errichtung verbirgt.

Deutlich schwieriger ist es, *informelle territoriale Power-Sharing Institutionen* als solche zu identifizieren. Eine mögliche Vorgehensweise, informelle Institutionen zu identifizieren, ist, nach Fällen zu recherchieren, wo ähnliche formelle Institutionen unterschiedliche politische outcomes produzieren und dann diese Unterschiede auf die Existenz informeller Institutionen zurückzuführen (vgl. North 1990). Allerdings birgt diese Methode die Gefahr, informelle Institutionen als „residual category“ (Helmke/Levitsky 2004: 733) anzusehen und sie damit zu stark zu reduzieren. Außerdem kann dabei keine Unterscheidung zwischen informellen und schwachen Institutionen gemacht werden. Als alternative Strategie findet man in der wissenschaftlichen Debatte zur Operationalisierung informeller Institutionen die Idee, stabile Verhaltensweisen in Gemeinwesen zu finden, die aber nicht auf Verhaltensregulierung durch formelle Institutionen basieren. Die negative Folge dieser Herangehensweise ist eine generelle Gleichsetzung zwischen allen Verhaltensregulierungen und informellen Institutionen (vgl. Helmke/Levitsky 2004: 733). „Identifying the shared expectations and enforcement mechanisms that sustain informal institutions is a challenging task, requiring in most cases substantial knowledge of the community within which the informal institutions are embedded“ (Helmke/Levitsky 2004: 733). Daraus folgt, dass es zum jetzigen Zeitpunkt keine echte Alternative zu intensiven Feldstudien gibt (vgl. Helmke/Levitsky 2004: 733; Bunte/Thaut Vinson 2015: 49; Zanker et al 2014: 72). Da im Rahmen dieser Bachelorarbeit keine intensive Feldforschung anwendbar ist, wird zur Erfassung informeller Institutionen eine intensive Literaturrecherche betrieben und damit auf wissenschaftliche Arbeiten zurückgegriffen, bei denen es sich um umfassende Feldstudien handelt. Für den Fall der Demokratischen Republik Kongo wird zur Analyse des informellen territorialen Power-Sharings hauptsächlich auf die Feldstudie von Zanker et al (2014) zurückgegriffen. Entsprechend lassen sich die *erwarteten politischen outcomes der informellen territorialen Power-Sharing Institutionen* ebenfalls aus Feldstudien ziehen. Nur qualitative Methoden, wie Interviews mit den jeweiligen politischen Anführern der sub-nationalen Gruppen bringen tatsächliche Einblicke in die erwarteten politischen outcomes, die mittels informeller territorialer Power-Sharing Institutionen durchgesetzt werden sollen.

Zur Messung der Anzahl potenzieller Herausforderer der Zentralregierung ist hierbei die Anzahl ethno-politischer Gruppen, die in der *Minorities at Risk*-Datensammlung⁴ für das jeweilige Land aufgezählt sind, entscheidend. Damit eine sub-nationale Gruppe als enthopolitische Gruppe im MAR aufgenommen wird, muss sie einer der beiden von Gurr (2000) festgelegten Kriterien erfüllen: „A

⁴ kurz: MAR

group had to be disadvantaged in comparison to other groups in their society, usually because of discriminatory practices, or a group had to be politically organized to promote or defend their collective interests“ (Gurr 2000, zitiert nach: Walter 2003: 143). Damit handelt es sich bei den Gruppen, um sub-nationale Gruppen, die entweder Anreiz oder ausreichende Organisationsfähigkeiten hatten, um der Zentralregierung territoriale Forderungen zu stellen und von dieser auch als mögliche künftige Bedrohung wahrgenommen zu werden. Ab 28 im MAR aufgenommenen ethnopolitischen Gruppen gilt die Anzahl als *hoch*, ansonsten als *niedrig* (vgl. Walter 2003).

Von Relevanz für die Variable *Relative Stärke der Zentralregierung* waren Militärausgaben der Zentralregierung während des Konfliktes mit den Rebellengruppen von Interesse und es wurde wie bei Walter (2003) der Indikator „average annual military expenditures of the government during the duration of a challenge“ (Walter 2003: 144) zur Messung herangezogen. Von Staaten mit relativ geringen Militärausgaben wird hier erwartet, mit einer höheren Wahrscheinlichkeit territorialen Forderungen entgegenzukommen als Staaten mit hohen Militärausgaben und großen Armeen. Anders als bei Walter (2003) ist die Datengrundlage zur Ermittlung der relativen Stärke der Zentralregierung nicht Singer und Small's „Material Capabilities, 1816 - 1995“-Datensatz aus der „The Military Balance“-Veröffentlichung des International Institute for Strategic Studies (IISS), sondern die „SIPRI Military Expenditure Database“ des Stockholm International Peace Research Institute. Erst jährliche Militärausgaben ab 142 Millionen US Dollar gelten als *hoch*, alles darunter als *niedrig* (vgl. Walter 2003: 147).

Die unabhängige Variable *Demokratielevel* wird anhand des Polity IV Datensatzes von Marshall und Gurr (2014) gemessen. In diesem Datensatz lässt sich zu jedem der aufgelisteten Länder eine Demokratie-Autokratie Skala finden, die sich aus zwei Punktziffern ergibt. Die ersten Punkte (0-10) werden für die demokratischen Elemente des jeweiligen Landes vergeben und die weiteren (0-10) für seine autokratischen Elemente. „The incumbent government's autocracy score was then subtracted from its democracy score to produce a net democracy number that ranges in value from very autocratic (-10) to very democratic (+10)“ (Walter 2003). Je *höher* sich der Endwert der +10 nähert, desto höher wird das Demokratielevel in dieser Arbeit eingestuft. Das Demokratielevel bezieht sich auf das Jahr, in dem das Friedensabkommen unterzeichnet wurde.

4. Untersuchungsdesign

Die gleich folgende empirische Untersuchung besteht aus zwei Fällen, der Demokratischen Republik Kongo (DRC) im Zeitraum 1998 - 2003 und dem Sudan im Zeitraum 1985 - 2005. In beiden afrikanischen Ländern der Sub-Sahara tobte bis in die beginnenden 2000 hinein ein jahrelanger Krieg um territoriale Angelegenheiten, mit beteiligten sub-nationalen Gruppen, die formelle territoriale Lösungen des Konflikts forderten, und damit formelles territoriales Power-Sharing anstrebten. Trotz zahlreicher Parallelen in den Konfliktursachen und im Konfliktverlauf weist die DRC neben formellen Power-Sharing Institutionen auch informelles territoriales Power-Sharing zwischen Rebellengruppen

auf, der Sudan lediglich formelles territoriales Power-Sharing. Diese Arbeit möchte herausfinden, warum trotz dieser Parallelen der Formalisierungsgrad des territorialen Power-Sharings nicht derselbe ist. Das Forschungsinteresse liegt primär bei informellen territorialen Power-Sharing Institutionen und damit auf dem Fall der Demokratischen Republik Kongo. Der Fall Sudan, mit seinem formellen territorialen Power-Sharing Abkommen ist aber als Vergleichsfall von hoher Relevanz, da es laut bisherigem Forschungsstand keine informellen territorialen Power-Sharing Vorkehrungen vorzuweisen hat und durch den Vergleich der DRC mit dem Sudan die Frage, warum in manchen schwach institutionalisierten afrikanischen Post-Bürgerkriegsstaaten mit formellem Power-Sharing, zusätzlich informelles territoriales Power-Sharing entsteht und in anderen nicht, beantwortet werden kann.

Es soll nicht verschleiert werden, dass diese beiden Fälle unzureichend sind, die Ergebnisse der vorliegenden Bachelorarbeit als empirisch generell verallgemeinerbar zu bezeichnen (vgl. Reinecker 1993, zitiert nach Siefken 2007: 118) und zu behaupten, diese empirischen Ergebnisse könnten der einzige Schlüssel zur Beantwortung der Forschungsfrage sein. Trotzdem ist nicht zu vernachlässigen, dass sie ein wichtiger Beitrag im noch recht unerforschten wissenschaftlichen Gebiet zu informellen Institutionen im Bereich des Power-Sharings sind (vgl. Anmerkungen zur *Wissenschaftlichen Relevanz*) und als Ausgangspunkt für künftige Forschungsarbeiten dienen können.

Bei der empirischen Untersuchung dieser Bachelorarbeit wird in zwei Schritten vorgegangen. Zunächst sollen die drei zentralen Hypothesen nach Walter (2003) mittels eines *Most Similar System Designs* für die Fälle Sudan und DRC getestet werden. Das Most Similar Systems Design geht auf Arend Lijphart (1975) zurück und ist eine Reformierung von Mill's klassischer „Method of Difference“ (vgl. Hendriks 1999: 6). Bei diesem Untersuchungsdesign werden möglichst ähnliche Fälle, die sich im Hinblick auf nur wenige Variablen von einander unterscheiden, wodurch die externe Varianz möglichst gering gehalten wird, miteinander verglichen. Ziel des Designs ist eine Reduzierung der zu untersuchenden Variablen, um die relevante unabhängige Variable letztlich von den restlichen getesteten unterscheiden zu können (vgl. Jahn 2013: 237). Für die Fälle Sudan und DRC werden aufgrund der Ähnlichkeiten in Konfliktkonstellation und -verlauf, und weil es sich in beiden Fällen um schwach institutionalisierte afrikanische Post-Bürgerkriegsstaaten handelt, keine großen Abweichungen für die unabhängigen Variablen *Anzahl potenzieller Herausforderer der Zentralregierung* und *Demokratielevel* erwartet. Angenommen wird, die Unterschiede zwischen den Formalisierungsgraden der betrachteten territorialen Power-Sharing Abkommen auf ihre Unterschiede im Hinblick auf die *Relative Stärke der Zentralregierung*, gemessen an der militärischen Stärke des jeweiligen Landes, zurückführen zu können.

**Tabelle 2: Erwartete Ergebnisse von DRC (1998 - 2003) und Sudan (1983 - 2005) im
Most Similar System Design**

Fälle	Potenzielle Herausforderer der Zentralregierung	Relative Stärke der Zentralregierung	Demokratielevel
DRC (2003)	niedrig	?	niedrig
Sudan (2005)	niedrig	?	niedrig

Quelle: Eigene Darstellung

Nachdem die Entstehungsursachen für das informelle territoriale Power-Sharing Abkommen in der Demokratischen Republik Kongo (DRC) analysiert wurden, erfolgt der zweite Untersuchungsschritt, wo mithilfe der Typologie informeller Institutionen nach Helmke und Levitsky (2004) die Frage, wie formelle und informelle Power-Sharing Institutionen miteinander interagieren, auf eine induktiv-explorative Art beantwortet wird.

5. Empirische Untersuchung

Nach einer kurzen Einführung in die territorialen Konflikte der DRC und des Sudans werden die empirischen Ergebnisse der beiden Fälle offen gelegt.

5.1 Territoriale Konflikte in der Demokratischen Republik Kongo (DRC) und im Sudan

Mit einer Gesamtwertung von 1.67 belegt die Demokratische Republik Kongo Platz drei im Ranking des Index of State Weakness in the Developing World und ist aufgrund dessen ein *failed state*. Für den Bereich *Political*, dessen Indikator unter anderem Government Effectiveness 2006 (World Bank) ist, weist die Demokratische Republik Kongo lediglich 1.8 Punkte auf. Damit erfüllt das Fallbeispiel DRC die Bedingung des schwach institutionalisierten afrikanischen Staates.

Der Zweite Kongo-Krieg (1998-2003) war ein Kampf zwischen der Zentralregierung in Kinshasa und drei großen Rebellen Gruppen, dem *Mouvement pour la Libération du Congo (MLC)* und zwei unterschiedlichen Fraktionen des *Rassemblement Congolais pour la Démocratie (RCD)*, der *RCD-G* und der *RCD-K-ML*. Mit seinen 3.3 Millionen Toten während der gesamten Konfliktdauer gehört der Konflikt zu den blutigsten⁵ weltweit seit dem Zweiten Weltkrieg. Außerdem kann der Konflikt durch das militärische Involvieren von zahlreichen Staaten auf dem kongolesischen Territorium und zahlreichen

⁵ „According to the International Rescue Committee, the aid agency responsible for these estimates, 10% of the victims died violently while the rest died from starvation and disease because of the various armed groups’ activities. DRC Conflict Deadliest since World War II - Aid Agency, *IRIN DRC*, 8 April 2003.“ (Rogier 2003: 41)

Rebellengruppen als einer der komplexesten seiner Art bezeichnet werden. Stark vereinfacht formuliert, standen sich in diesem Konflikt zwei Gruppen von Gegnern gegenüber. Auf der einen Seite kamen die kongolesische Zentralregierung aus Kinshasa, ihre Verbündeten aus Angola, Namibia und Zimbabwe und etliche paramilitärische Kräfte zusammen. Auf der anderen, der regierungskritischen Seite, fand man die besagten Rebellengruppen (MLC, RCD-G, RCD-K-ML), sowie ihre Unterstützer aus Rwanda und Uganda vor (vgl. Rogier 2003: 25). Aufgrund der Verstrickung zahlreicher afrikanischer Staaten in den Konflikt auf afrikanischem Boden, wird diese gewaltreiche Auseinandersetzung auch als „Africa’s World War“ (vgl. Purgier 2009) bezeichnet. Konfliktursache 1998 waren die Bestrebungen, der untereinander zerstrittenen Rebellengruppen, die erst 1997 in Folge des ersten Kongo Krieges an die Macht gekommene Kinshasa Regierung zu stürzen.

Am Ende des Kampfes war das Land in drei Zonen aufgeteilt: der Süden und Westen des Landes wurde von der Zentralregierung kontrolliert, der Norden von dem *Mouvement pour la Libération du Congo (MLC)* und zwei Fraktionen des *Rassemblement Congolais pour la Democratie (RDC)* übten Macht über weite Teile des Ostens aus, dabei hauptsächlich die Provinz Nord Kivu (vgl. Zanker et al 2014: 78). Die Unterzeichnung des sogenannten Sun City Friedensabkommens 2003 gilt als offizielle Beilegung des Konfliktes.

Mit einer Gesamtwertung von 3.29 belegt der Sudan Platz sechs im Ranking des Index of State Weakness in the Developing World und ist aufgrund dessen ein *critically weak state*. Für den Bereich *Political* weist der Sudan geringe 3.29 Punkte auf (vgl. Rice/Patrick 2008: 10). Damit erfüllt das Fallbeispiel Sudan die Bedingung des schwach institutionalisierten afrikanischen Staates.

Mit der von der *Sudan People’s Liberation Movement/Army (SPLM/A)* initiierten Rebellion 1983, brach der zweite sudanesischer Nord-Süd Konflikt aus. Die Rebellion der südsudanesischen SPLM/A verfolgte eine secessionistische Agenda und wurde durch die 1980er hindurch von dem äthiopischen Präsidenten Mengistu in ihrem Vorhaben unterstützt. Sein politisches Fallen (1991) führte zur Spaltung der SPLM/A in SPLM/A (Nasir) und die ursprüngliche SPLM/A, wobei sich die Nasir-Fraktion neben ihrem Bestreben, Garang, den Anführer der ursprünglichen SPLM/A zu stürzen, auch für die Unabhängigkeit des Südens stark machte (vgl. Brosché 2005). „In an attempt to ‘divide and rule’, the Government of Sudan (GoS) supported the Nasir faction [...]“ (Brosché 2005: 18). Der Konflikt zwischen den beiden SPLM/A-Fraktionen brachte im Endeffekt mehr Tote hervor als die Auseinandersetzung zwischen der Unabhängigkeitsbewegung und der sudanesischen Regierung. Ein weiterer Konfliktaspekt entfachte dadurch, dass die südsudanesischer Unabhängigkeitsbewegung⁶ von

⁶ Der Bürgerkrieg von 1983, mit territorialen Forderungen im Kern, hat seine Wurzeln in der sudanesischen Unabhängigkeit von 1956. Bis dahin war der nördliche Teil des Landes unter ägyptischer Herrschaft und der Süden des Sudans wurde von Großbritannien regiert. Mit dem Ende des Kolonialzeitalters im Sudan, war das Land durch Krieg gekennzeichnet, beginnend mit dem ersten sudanesischen Bürgerkrieg 1962.

kleineren südsudanesischen sub-nationalen Gruppen wie Nuer, Machar oder Akol, als Bewegung der größten südsudanesischen subnationalen Gruppe, Dinka, angesehen wurde. „This led to the fighting between the factions acquiring an ethnic nature, and Dinka-Nuer fighting was especially extensive“ (Brosché 2005: 18). Parallel zu den jahrelangen gewaltreichen Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Konfliktparteien fanden von 1989 an, immer wieder inoffizielle Verhandlungsgespräche zwischen der sudanesischen Regierung und der SPLM/A statt. Am 9. Januar 2005 wurde als Ergebnis jahrelanger Verhandlungen, das Comprehensive Peace Agreement mit formellen territorialen Power-Sharing Elementen, auch als *Naivasha Abkommen* bekannt, unterzeichnet und der sudanesischen Nord-Süd Konflikt vorzeitig beigelegt. Doch erst 2011, nach 37 Kriegsjahren und zwei Millionen Kriegsoptionen wählte der Südsudan die Unabhängigkeit vom Norden des Landes (Spears 2013: 41).

5.2 Warum gibt es informelles territoriales Power-Sharing in der DRC aber nicht im Sudan?

Laut *Index of State Weakness in the Developing World* (Rice/Patrick 2008) gehören sowohl der Sudan (#6 im Ranking) als auch die Demokratische Republik Kongo (#3 im Ranking) zu den fünf schwächsten afrikanischen Staaten der Sub-Sahara (vgl. Rice/Patrick 2008: 14). Trotz zahlreicher Parallelen in den Konfliktursachen und im Konfliktverlauf weisen die beiden Ländern nicht den selben Institutionalisierungsgrad des territorialen Power-Sharing Abkommens auf. Um die Ursachen dafür herauszufinden, werden nun die drei zentralen Hypothesen nach Walter (2003) für die beiden Fälle getestet.

Hypothese eins nach Walter (2003) sieht einen Zusammenhang zwischen der *Anzahl potenzieller Herausforderer* (dabei handelt es sich stets um politisch benachteiligte oder besonders organisationsfähige ethnopolitische Gruppen) und der Bereitschaft der Zentralregierung ihren territorialen Forderungen nachzugehen oder sie zu ignorieren. Die Anzahl der Herausforderer wird der Minorities at Risk-Datensammlung entnommen. Für den Sudan findet man im MAR-Datensatz drei sub-nationale Gruppen, die bei Walter (2003) als potenzielle Herausforderer der Zentralregierung gelten: Darfur Black Muslims; Nuba und Southerners. Für die DRC sind es zwei sub-nationale Gruppen mehr: Hutus; Luba; Lunda/Yeke; Ngbandi und Tutsis (vgl. MAR Project 2016). Mit drei sub-nationalen Gruppen im Sudan und fünf in der DRC ist die Anzahl der potenziellen Herausforderer der Zentralregierung in beiden Fällen *niedrig* (da < 28). Würde Hypothese eins zutreffen, so würde aufgrund der niedrigen Anzahl potenzieller Herausforderer der Zentralregierung, in beiden Fällen die jeweilige Regierung einem formellen territorialen Power-Sharing zustimmen, weil diese Lösung die kostengünstigste für die Regierung wäre. Allerdings kommt es trotz ähnlich niedriger Anzahl potenzieller Her-

ausforderer in beiden Fällen, zu unterschiedlichen Entscheidungen der Zentralregierung: einer Zustimmung im Sudan, einer Ablehnung in der DRC. Damit kann Hypothese eins diese Varianz nicht erklären und gilt deshalb als nicht aussagekräftig für den Kontext schwach institutionalisierter afrikanischer Post-Bürgerkriegsstaaten.

Die zweite Hypothese, die als entscheidende angenommen wird, besagt: *Je stärker eine Zentralregierung in Relation zu ihren sub-nationalen Gruppen ist, desto eher wird sie Forderungen nach formellem territorialen Power-Sharing ablehnen und stattdessen kommt es zur Entstehung informeller territorialer Power-Sharing Institutionen.* Aus der SIPRI Database (2016), die „Military expenditure by country, in current US\$ m.“ misst, geht hervor, dass während des zweiten kongolesischen Krieges, von 1998 bis 2003, die kongolesische Zentralregierung im Durchschnitt jährlich 97 Millionen US Dollar für Militärausgaben hernahm. Das ist verglichen mit den Militärausgaben der sudanesischen Zentralregierung eine recht geringe Summe. Denn die sudanesischen Zentralregierung hatte während des zweiten sudanesischen Nord-Süd Konfliktes, von 1983 - 2005, jährlich Militärausgaben von 522 Millionen US Dollar im Durchschnitt (vgl. SIPRI 2015). Basierend auf Walter's (2003) Annahme, hohe Militärausgaben seien Anzeichen für eine relative Schwäche der entsprechenden Zentralregierung, muss angesichts dieser Datenlage die relative Stärke der kongolesischen Zentralregierung als *hoch* und die der sudanesischen Regierung als *niedrig* bezeichnet werden.

Dass Regierungen demokratischer Staaten eine höhere Bereitschaft aufweisen, formellen territorialen Power-Sharing Abkommen zuzustimmen, belegt Walter's (2003) Test der unabhängigen Variable *Demokratielevel*, gemessen im Jahr der Unterzeichnung des Friedensabkommens (DRC 2003, Sudan 2005). Laut Polity IV Datensatz wies der Sudan zum Zeitpunkt 2005 einen Polity IV-Wert von -6 auf und die Demokratische Republik Kongo zum Zeitpunkt des Inkrafttretens ihres Power-Sharing Abkommens einen Wert von -8 (vgl. Polity IV Project 2014). Damit galten beide Staaten bei der Einführung des formellen Power-Sharings als Autokratien und hatten entsprechend ein ähnlich *niedriges* Demokratielevel. Würde die letzte Hypothese zutreffen, so würde aufgrund des geringen Demokratielevels in beiden Fällen, keine der Zentralregierungen einem formellen territorialen Power-Sharing Abkommen zustimmen. Doch dem ist nicht so. Hypothese drei mit *Demokratielevel* als unabhängiger Variable kann die Varianz in der Bereitschaft der jeweiligen Regierung, territorialen Forderungen durch sub-nationale Gruppen gemäß zu handeln, und damit die Entstehungsursachen informeller territorialer Power-Sharing Institutionen nicht ausreichend erklären.

Zusammengefasst sehen die gerade erhobenen empirischen Ergebnisse zu DRC und dem Sudan wie gefolgt aus:

Tabelle 3: Empirische Ergebnisse von DRC (1998 - 2003) und Sudan (1983 - 2005) im Most Similar System Design

Fälle	Potenzielle Herausforderer der Zentralregierung	Relative Stärke der Zentralregierung	Demokratielevel
DRC (2003)	niedrig	hoch	niedrig
Sudan (2005)	niedrig	niedrig	niedrig

Quelle: Eigene Darstellung

DRC (2003) und Sudan (2005) zeigen im Most Similar System Design lediglich im Hinblick auf die unabhängige Variable *Relative Stärke der Zentralregierung* eine Varianz auf. Wohingegen die *Anzahl der potenziellen Herausforderer der Zentralregierung* und das *Demokratielevel* der beiden Länder ähnlich niedrige Werte aufweisen und damit als ausschlaggebende Faktoren nicht in Frage kommen, gibt es hinsichtlich der *Relativen Stärke der Zentralregierung* gegenüber ihren Herausforderern eindeutige Unterschiede.

Bei Walter (2003) gelten hohe Militärausgaben als Anzeichen für relative Regierungsschwäche (vgl. Walter 2003: 146). Entsprechend würde das auch für eine schwache sudanesisische Zentralregierung in Relation zu ihren Herausforderern sprechen. „[Walter (2003)] shows that governments with higher military expenditures are more likely to accommodate territorial challengers, not less“ (Walter 2003: 146). Und es ist die sudanesisische Regierung, die mit ihren durchschnittlichen Jahres-Militärausgaben von 522 Millionen US Dollar gegenüber den kongolesischen Militärausgaben von 97 Millionen US Dollar während des Konfliktes die schwächere zu sein scheint. Und es ist auch tatsächlich die sudanesisische Zentralregierung die letztlich einem formellen territorialen Power-Sharing innerhalb der Friedensvereinbarung von 2005 zustimmte.

Das sudanesisische Comprehensive Peace Agreement ist ein Abkommen mit einer Länge von über 200 Seiten und setzt sich eigentlich aus sechs eigenständigen Vereinbarungen zusammen (vgl. Brosché 2009: 21). Im Abkommen enthalten sind alle vier Arten des Power-Sharings: das militärische, das politische, das ökonomische und das territoriale, „in the form of a south/north-boundary and upcoming referendum on secession as well as the special status approved to Abyei“ (Brosché 2009: 25). Diese Kombination aus verschiedenen Power-Sharing Arten, Power-Sharing auf unterschiedlichen Regierungsebenen sowie einem Referendum über die Unabhängigkeit des Südsudans machen das su-

danesisches Friedensabkommen zu einem besonders komplexen und einzigartigen seiner Art. Dieses Abkommen gilt als Nachweis für formelles territoriales Power-Sharing im Sudan. Die sudanesisches Zustimmung zu einem Unabhängigkeitsreferendum geht zudem mit Walters (2003) Beobachtungen zusammen: „Governments that dedicated large sums of money to defense were 90 percent more likely to ultimately agree to independence than low spending governments“ (Walter 2003: 148). In der DRC dahingegen lehnte die Zentralregierung sämtliche Rebellenforderungen nach einer formellen territorialen Lösung des Konfliktes ab, weil sie eine Gefahr der „Balkanisierung“ darin sah. „The RCD’s proposal of a federal structure met with fierce resistance and, as a result, was not included in the 2003 power-sharing agreement“ (Zanker 2014: 78), stattdessen kam es zur Entstehung informellen territorialen Power-Sharings, da das formelle Abkommen lediglich Elemente des politischen und militärischen Power-Sharings enthielt (vgl. Zanker 2014: 78). Der Nachweis für informelles territoriales Power-Sharing in der DRC erfolgt aus Zanker et al.’s (2014) Feldstudie in der Region, deren Ergebnisse unter dem Punkt 5.3 näher beschrieben werden, sowie auch die Erläuterungen zum formellen Power-Sharing in der DRC (2003).

Weil die *Anzahl der potenziellen Herausforderer der Zentralregierung* und das *Demokratielevel* der beiden Länder ähnlich niedrige Werte aufweisen und damit als ausschlaggebende Faktoren nicht in Frage kommen, müssen Hypothese eins und drei verworfen werden. Hypothese 2 lautet: *Je stärker eine Zentralregierung in Relation zu ihren sub-nationalen Gruppen ist, desto eher wird sie Forderungen nach formellem territorialen Power-Sharing ablehnen und stattdessen kommt es zur Entstehung informeller territorialer Power-Sharing Institutionen*, und wird angesichts der oben präsentierten Zahlen im Hinblick auf die durchschnittlichen Militärausgaben pro Konfliktjahr und des nachgewiesenen formellen territorialen Power-Sharing Abkommens im Sudan (2005) und des informellen in der DRC für gültig erklärt und damit bestätigt.

Auf die Frage *Warum entsteht in manchen schwach institutionalisierten afrikanischen Post-Bürgerkriegsstaaten mit formellem Power-Sharing, zusätzlich informelles territoriales Power-Sharing?* kann aus diesem Grund die Antwort gegeben werden: Weil die Zentralregierungen der jeweiligen schwach institutionalisierten afrikanischen Post-Bürgerkriegsstaaten in Relation zu den sie herausfordernden sub-nationalen Gruppen unterschiedlich stark sind.

Walter’s (2003) theoretischen Annahmen auf den Fall der DRC (1998-2003) angewendet, würden bedeuten, dass die kongolesische Zentralregierung zwar die Rebellengruppen der RCD und MLC Ernst nahm und konfliktbedingt in das Militär investierte, sich allerdings ihre Siegeschancen gegenüber den territorialen Herausforderern recht hoch einschätzte und entsprechend keine sehr hohen Militärausgaben während der Konfliktdauer verzeichnete. Die hohe Siegeswahrscheinlichkeit und relative Stärke der kongolesischen Zentralregierung gegenüber den Rebellengruppen ist der Grund, warum sie

die territorialen Forderungen nicht formell im Power-Sharing Abkommen miteinbezogen und die entsprechenden sub-nationalen Gruppen ihre Forderungen nicht durchsetzen konnten. Helmke und Levitsky (2004) sehen das nicht-Durchsetzenkönnen formeller politischer Forderungen gegenüber der Zentralregierung als mögliche Ursache zur Bildung informeller Institutionen. „[I]nformal institutions may be a ‘second best’ strategy for actors who prefer, but cannot achieve, a formal institutional solution“ (Helmke/Levitsky 2004: 730). Und wie bei Helmke und Levitsky (2004) beschrieben, kam es, nachdem das formelle territoriale Power-Sharing von der DRC-Zentralregierung abgelehnt wurde, zur Anwendung eines informellen territorialen Power-Sharings.

In einem letzten Schritt soll gezeigt werden, wie formelle und informelle Power-Sharing Institutionen in der DRC miteinander interagierten und beschrieben, um welche Art informeller Institutionen es sich dort, der Typologie von Helmke und Levitsky (2004) nach, handelte.

5.3 Wie interagieren formelle und informelle Power-Sharing Institutionen in der DRC?

Zur Typologisierung informeller Institutionen nach Helmke und Levitsky (2004) bedarf es genauerer Kenntnisse zur Effektivität formeller Institutionen und auch hinsichtlich der erwarteten outcomes von formellen und informellen Power-Sharing Institutionen.

Der *Government effectiveness index* der World Bank beinhaltet Daten für die Demokratische Republik Kongo im Zeitraum von 1996 bis 2014. Der Durchschnittswert der *effectiveness* lag in diesem Zeitraum bei - 1.68 Punkten und erreichte zum Konfliktbeginn 1998 sein Minimum von -1.97 (vgl. The Global Economy 2016). Aufgrund dessen ist von *Ineffective formal Institutions* (vgl. Helmke/Levitsky 2004) in der DRC zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Friedensabkommens 2003 auszugehen.

Das Sun City Friedensabkommen (2003) ist der offizielle Beweis für ein formelles Power-Sharing Abkommen in der DRC. Der Inhalt dieses Abkommens wird von den Vereinten Nationen wie gefolgt zusammengefasst: „This comprehensive agreement is the culmination of the Inter-Congolese Dialogue that sets the process for the Transformation of the political climate within the DRC“ (UN Peacemakers 2003). Allerdings fokussierte sich das Abkommen ausschließlich auf politisches und militärisches Power-Sharing (vgl. Zanker et al 2014: 78). Zudem konnten sich die Entscheidungsträger auf eine Vielzahl von neuen Institutionen zur Demokratieförderung einigen, darunter eine unabhängige Wahlkommission, ein nationaler Menschenrechtsbeobachter, sowie eine Wahrheitskommission (vgl. Rogier 2003: 30). „Nevertheless, these technical commissions failed to shape a solution to some of the key issues at the heart of the conflict and instead tasked the interim institutions with

resolving them“ (Rogier 2003: 30). Es fehlten territoriale Power-Sharing Ansätze im Abkommen, obwohl die Rebellengruppen diese forderten.

Die Zentralregierung ignorierte diese Forderungen aus machtpolitischen Gründen heraus. „From the government’s point of view, agreeing to the RCD’s request would have meant officially handing over control of the periphery to the rebels, thus endangering territorial integrity and potentially the legitimacy of the central government“ (Zanker et al 2014: 78). Stattdessen sah die Regierung eine Replikation des politischen Power-Sharings in Form des „government of national unity“ auf lokaler Ebene vor, wobei politische Schlüsselpositionen auf lokaler Ebene von den jeweiligen Vertretern der drei Rebellengruppen besetzt werden sollten. „In reality, however, more often than not one group monopolized power“ (Zanker et al. 2014: 78). Den Beweis für informelle territoriale Power-Sharing Institutionen liefern Zanker et al. (2014) mit ihrer Feldstudie. Durch Interviews mit politischen Entscheidungsträgern, Teilnehmern des inter-kongolesischen Dialogs und Mitgliedern der Rebellengruppen fand das Forscherteam heraus, dass vor allem in Nord Kivu auf das Sun City Abkommen eine Serie lokaler Machtmonopole⁷ folgte. Durch das regelmäßige Abwechseln der lokalen Machtmonopole entstand eine nicht formalisierte Form territorialen Power-Sharings, welche bis heute noch stabil zu sein scheint, während es auf nationaler Ebene ein formalisiertes politisches Power-Sharing gab. Dieser Prozess informeller Gruppenautonomie wiederholte sich einige Male in der Region. Dabei hielt die Zentralregierung formal an einem vereinten kongolesischen Staat fest, wobei in Wirklichkeit ein Großteil der Peripherie der Macht von RCD und später auch noch der *Congrès national pour la défense du peuple* (CNDP) unterlag. Anomalien in administrativen Titeln und Funktionen demonstrieren für Zanker et al. (2014) die Informalität dieses Abkommens (vgl. Zanker et al 2014: 79), wobei nähere Informationen dazu nicht bekannt sind.

Schnell wird ersichtlich, dass im Hinblick auf die erwarteten outcomes von formellen und informellen Power-Sharing Institutionen große Unterschiede bestehen. Wohingegen die kongolesische Zentralregierung an einer weiterhin vereinten Demokratischen Republik Kongo festhielt und auch an einem *government of national unity* - auf zentraler wie auch lokaler Ebene - , weshalb die erwarteten outcomes der politischen und militärischen Power-Sharing Institutionen auf territoriale Einheit und Demokratieförderung des Landes zielen, waren die informellen territorialen Power-Sharing Institutionen darauf aus, mehr Autonomie für die Rebellengruppen durchzusetzen und Kontrolle über die Peripherie zu erlangen. Formelles wie informelles Power-Sharing brachten führten beide zur Entstehung neuer Institutionen, die erwarteten outcomes dahinter, unterschieden sich allerdings sehr stark voneinander, sodass die Rede von *Divergenz* (vgl. Helmke/Levitsky 2004) sein muss.

⁷ “the *de facto* control of a territory by one group“ Zanker et al 2014: 79

Angesichts dessen, dass von *Ineffective formal Institutions* (vgl. Helmke/Levitsky 2004) in der DRC zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Friedensabkommens 2003 auszugehen ist und gleichzeitig die erwarteten outcomes der formellen Power-Sharing Institutionen mit den erwarteten outcomes der informellen territorialen Power-Sharing Institutionen divergieren, entsprechen die informellen territorialen Power-Sharing Institutionen in der Demokratischen Republik Kongo (2003) den *Competing Informal Institutions* in Helmke und Levitskys (2004) Typologie informeller Institutionen.

Daraus lässt sich die vierte Hypothese dieser Arbeit formulieren:

Hypothese 4: *Wenn in einem schwach institutionalisierten afrikanischen post-Bürgerkriegskontext informelle territoriale Power-Sharing Institutionen entstehen, dann wird es sich um Competing Informal Institutions handeln.*⁸

Es ist nicht überraschend, dass *Competing Informal Institutions* im Kontext schwach institutionalisierter afrikanischer Post-Bürgerkriegsstaaten auftreten. Diese Form von informellen Institutionen treten am häufigsten in post-kolonialen Kontexten auf (vgl. Helmke/Levitsky 2004). Diese Beobachtung lässt sich auch bei Ian Spears (2013) Aufsatz finden, worin er die institutionelle Schwäche afrikanischer Staaten beleuchtet. Anfang der 1960er Jahre gelangten zahlreiche afrikanische Staaten zur Unabhängigkeit, so auch die Demokratische Republik Kongo (1960), und erhielten neue Verfassungen. Spears (2013) betont, dass in selber Weise, in der die afrikanischen Verfassungen von den damaligen Kolonialmächten „auf die Schnelle“ niedergeschrieben wurden, sie von den jetzigen unabhängigen afrikanischen Regierungen ignoriert werden und sich die zentralen politischen Anführer von offiziellen politischen Institutionen distanzieren. Stattdessen setzen diese auf „personal rule and clientelism“ (Spears 2013: 43) - kurz: Neopatrimonialismus, welcher die Entstehung von *Competing informal institutions* begünstigen würde (vgl. Williams 2011: 55).

Zum Schluss der vorliegenden Arbeit soll ein Fazit gezogen und die zentralen empirischen Ergebnisse diskutiert werden.

⁸ Da es sich hierbei um eine explorative Hypothese handelt, muss diese in weiteren Forschungsschritten überprüft werden, um vorläufig verifiziert werden zu können.

6. Fazit

Ausgehend von der Beobachtung, dass es trotz Parallelen in den Konfliktursachen und im Konfliktmanagement-Ansatz in den hier gewählten Fällen schwach institutionalisierter afrikanischer Post-Bürgerkriegsstaaten zur Entstehung territorialen Power-Sharing mit unterschiedlichem Formalisierungsgrad kommt, verfolgte diese Bachelorarbeit die Forschungsfrage: *Warum entsteht in manchen schwach institutionalisierten afrikanischen Post-Bürgerkriegsstaaten mit formellem Power-Sharing, zusätzlich informelles territoriales Power-Sharing und wie interagiert es dort mit dem formellen Power-Sharing?* Als Untersuchungsfälle dienten dabei die Demokratische Republik Kongo (DRC) (1998 - 2003) mit informeller territorialer Power-Sharing Praxis und der Sudan (1985 - 2005) mit formellem territorialen Power-Sharing Abkommen.

Da sich die Forschungsfrage aus zwei Teilfragen zusammensetzt, die zwei verschiedene Herangehensweisen erfordern, waren auch zwei theoretische Grundlagen zur Beantwortung dieser Frage erforderlich. Nachdem Helmke und Levitsky (2004) feststellten, dass die Errichtung informeller Institutionen die zweitbeste Strategie für politische Akteure ist, die es nicht schaffen, ihre Forderungen nach formellem territorialen Power-Sharing gegenüber der Zentralregierung durchzusetzen, wurde Walter's (2003) Analyse der Fälle herangezogen, in denen sich Zentralregierungen mit territorialen Forderungen durch sub-nationale Gruppen konfrontiert sahen und in einigen Fällen diesen nachgingen und in anderen nicht. Bei Walter (2003) ließen sich drei signifikante unabhängige Variablen finden, die erklärten warum einige Zentralregierungen Forderungen nach formellem territorialen Power-Sharing ablehnten und es laut Helmke und Levitsky (2004) deshalb zur Entstehung informeller Institutionen kommt. Dies waren: *Anzahl potenzieller Herausforderer der Zentralregierung*, *Relative Stärke der Zentralregierung* und *Demokratielevel*. Um identifizieren zu können, um welchen Typ informeller Institutionen es sich in der Demokratischen Republik Kongo handelt, diente Helmke und Levitskys Typologie Informeller Institutionen (2004) als theoretische Grundlage. Die empirische Untersuchung setzte sich entsprechend aus zwei wesentlichen Schritten zusammen. Zunächst wurden die drei zentralen Hypothesen nach Walter (2003) in einem Most Similar System Design getestet und dann auf eine deskriptive Art und Weise der Typ der informellen Institutionen in der DRC auf Basis der Feldstudie von Zanker et al. (2014) bestimmt, wobei sich das informelle territoriale Power-Sharing in der DRC als *Competing Informal Institution* herausstellte (vgl. Helmke/Levitsky 2004).

Aus dem Most Similar System Design ging hervor, dass es für die beiden Fallbeispiele DRC und Sudan nur im Hinblick auf die unabhängige Variable *Relative Stärke der Zentralregierung* eine Varianz gab und alleinig sie als aussagekräftiger Faktor in Frage kommt, Hypothese eins und drei daher verworfen werden müssen. Hypothese zwei lautete: *Je stärker eine Zentralregierung in Relation zu ihren sub-nationalen Gruppen ist, desto eher wird sie Forderungen nach formellem territorialen Power-Sharing ablehnen und stattdessen kommt es zur Entstehung informeller territorialer Power-Sharing Institutionen* und gilt als wichtige Erkenntnis zur Beantwortung der Forschungsfrage. Bei Walter

(2003), sowie auch in der vorliegenden Arbeit wurde die relative Stärke der Zentralregierung gegenüber potenziellen Herausforderern anhand der durchschnittlichen Jahres-Militärausgaben während der Konfliktdauer gemessen. Basierend auf Walter's (2003) Annahme, hohe Militärausgaben seien Anzeichen für eine relative Schwäche der entsprechenden Zentralregierung, wird angesichts der betrachteten Datenlage die relative Stärke der kongolesischen Zentralregierung als *hoch* und die der sudanesischen Regierung als *niedrig* bezeichnet angesehen. Damit lässt sich zwar erklären, warum nicht alle Regierungen mit irgendeiner Art des formellen Power-Sharings im schwach institutionalisierten afrikanischen post-Bürgerkriegskontext territorialen Forderungen nachgehen und es deshalb in einigen Fällen zur Entstehung informeller territorialen Power-Sharing Abkommen kommt, doch es bleibt darüber nachzudenken, inwieweit sich die relative Stärke der Zentralregierung tatsächlich so messen lässt. In der DRC waren im Zweiten Kongolesischen Krieg (1993 - 2003) mehrere Länder sowohl finanziell als auch mit Soldaten am Krieg beteiligt. Warum wurde deshalb nicht die Finanzierung durch andere Länder nicht mitberücksichtigt? Der Optimierungsbedarf der ersten theoretischen Grundlage besteht vor allem im Hinblick auf die Frage, ob es nicht doch weitere Messoptionen der unabhängigen Variabel *Relative Stärke der Zentralregierung* gibt und ob sie das Messergebnis bedeutsam verändern würden.

Nichtsdestotrotz sind die empirischen Ergebnisse von hoher wissenschaftlicher Relevanz, da es in der politikwissenschaftlichen Literatur relativ still um die Entstehungsursachen informeller territorialer Power-Sharing Strukturen ist. Im Allgemeinen wird die lokale Ebene, als die Ebene der informellen Abkommen, in der Literatur zu Power-Sharing relativ wenig beachtet. „Research on power-sharing in Africa remains silent on the effects of national peace agreements on the sub-national level“ (Simons et al 2013: 681). Es bleibt künftigen wissenschaftlichen Arbeiten überlassen die lokale Ebene der formalen Power-Sharing Abkommen zu betrachten, wobei Zanker et al. (2014) betonen, dass das Verständnis des Lokalen und des Bestimmten zu größerem Verständnis der Nationalen und des Generellen führen würde (vgl. Zanker et al. 2014: 73) und daher so wichtig sei. Eng damit verbunden ist auch die Notwendigkeit, künftig vermehrt informelle Power-Sharing Institutionen in schwach institutionalisierten afrikanischen Post-Bürgerkriegsstaaten aufzudecken und zu erforschen. Die Auffassung lässt sich auch in der aktuellen Forschungsarbeit von Bunte und Thaut Vinson wiederfinden: „Future research could investigate how national and local power-sharing institutions interact with one another“ (Bunte/Thaut Vinson 2015: 63). Helmke und Levitskys (2004) Typologie informeller Institutionen bietet dafür eine erste gute Grundlage, die es weiter zu vertiefen und spezifizieren gilt⁹. Dabei gilt es noch mehr über die Entstehung informeller Institutionen in der jeweiligen Region in Erfahrung zu bringen, sowie über die Mechanismen über die informelle Institutionen kreiert, kommuniziert und gelernt werden. Vor allem aber heißt es künftig die Quellen der Stabilität und des Wandels informeller

⁹„We have sought to provide a framework for incorporating informal rules into mainstream institutional analysis“ (Helmke/Levitsky 2004: 734)

Power-Sharing Institutionen besser zu verstehen (vgl. Helmke/Levitsky 2004: 734).

Die paradoxe Situation, dass es in afrikanischen Staaten wie der Demokratischen Republik Kongo eine Gleichzeitigkeit eines formell einheitlichen Staates mit formellen politischen, militärischen und/oder ökonomischen Power-Sharing Institutionen und einem Fehlen echter territorialer Kontrolle durch den Staat in Form von formellem territorialen Power-Sharing gibt, lässt einen Bedarf neuer, effektiverer und lokalsensibler Konfliktmanagement-Ansätze annehmen, wozu es der Unterstützung und der Initiative durch die Vereinten Nationen, die EU und alle anderen westlichen Mächte bedarf. Allein aus diesem Grund und des Friedens Willen dürfen die informellen Dimensionen von Power-Sharing, insbesondere des territorialen Power-Sharings künftig nicht mehr in dem Maße ignoriert werden wie bisher.

Literaturverzeichnis

Bayart, J.-F. 2004: Commentary. Towards a new start for Africa and Europe. In: *African Affairs* 103 (412). p. 453 - 458.

Binningsbo, H. M. 2013: Power Sharing, peace and democracy. Any obvious relationships? In: *International Area Studies Review* 16 (1). p. 89 - 112.

Brinks, D. 2003: Courts, norms, and laws. Competing rules and legal rights in Salvador, Sao Paulo, and Buenos Aires. Paper presented at the conference *Informal Institutions and Politics in Latin America*, Kellogg Institute for International Studies, University of Notre Dame. April 24-25.

Brosché, J. 2009: *Sharing Power- Enabling Peace. Evaluating Sudan's Comprehensive Peace Agreement 2005*. New York/Uppsala: Mediation Support Unit, Department of Political Affairs, United Nations and Department of Peace and Conflict Research, Uppsala University.

Bunte, J. B. /Thaut Vinson, L. 2016: Local power-sharing institutions and interreligious violence in Nigeria. In: *Journal of Peace Research* 53 (1). p. 49 - 65.

Crawford, G./ Hartmann, C. 2008 (Ed.): *Decentralisation in Africa. A Pathway out of Poverty and Conflict?* Amsterdam: Amsterdam University Press.

Gurr, T. R. 2000: *Peoples versus States*. Washington, DC: United States Institute of Peace Press.

Harris, P. /Reilly, B. (Ed.) 1998: *Democracy and Deep-Rooted Conflict. Options for Negotiators*. Stockholm: International IDEA.

Hartmann, C. 2008: *Decentralisation and the Legacy of Protracted Conflict. Mauritius, Namibia and South Africa*. In: Hartmann, C. /Crawford, G. (Ed.): *Decentralisation in Africa. A Pathway out of Poverty and Conflict?* Amsterdam: Amsterdam University Press. p. 169 - 189.

Hartmann, C. 2013: Territorial Power-Sharing and the Regulation of Conflict in Africa. In: *Civil Wars* 15 (S1). p. 123 - 143.

Helmke, G. /Levitsky, S. 2004: *Informal Institutions and Comparative Politics. A Research Agenda*. In: *Perspectives on Politics* 2 (4). p. 725 - 740.

Hendriks, F. 1999: Public Policy and Political Institutions. The Role of Culture in Traffic Policy. Cheltenham, UK/ Northam, USA: Edward Elgar.

Hoddie, M. /Hartzell, C. 2003: Institutionalizing Peace. Power Sharing and Post-Civil War Conflict Management. In: American Journal of Political Science 47 (2). p. 318 - 332.

Hoddie, M. /Hartzell, C. 2007: Crafting Peace. Power-Sharing Institutions and the Negotiated Settlement of Civil Wars. University Park, PA: Pennsylvania State University Press.

Horowitz, D. L. 1985: Ethnic Groups in Conflict. Berkeley, CA: University of California Press.

Huntington, S. P. 1968: Political Order in Changing Societies. New Haven/London: Yale University Press.

Jackson, R. H./ Rosberg, C. G. 1984: Personal Rule: Theory and Practice in Africa. In Comparative Politics 16 (4). p. 424 - 425.

Jahn, D. 2013: Einführung in die vergleichende Politikwissenschaft. 2. Auflage. Wiesbaden: Springer Fachmedien VS.

Jarstad, A. K. /Nilsson, D. 2008: From Words to Deeds. The Implementation of Power-Sharing Pacts in Peace Accords. In: Conflict Management and Peace Science 25 (3). p. 206 - 223.

Lake, D. A. /Rothchild, D. 2005: Territorial Decentralization and Civil War Settlements. In: Roeder, P. G. /Rothchild, D. (Ed.): Sustainable Peace. Power and Democracy after Civil Wars. Ithaca /London: Cornell University Press. p. 109 - 132.

Lauth, H.-J. 2000: Informal Institutions and democracy. In: Democratization 7(4). p. 21 - 50.

Lijphart, A. 1975: The Comparable-Case Strategy in Comparative Research. In: Comparative Political Studies 8 (2).

Lijphart, A. 1977: Democracy in plural societies. A comparative exploration. New Haven: Yale University Press

MAR Project 2016. In: <http://www.mar.umd.edu/chronologies.asp?regionId=6>, Zugriff am 21.06.2016.

Mehler, A. 2009a: Introduction. Power-Sharing in Africa. In: *Africa Spectrum* 44(3). p. 2 - 10.

Mehler, A. 2009b: Peace and Power-Sharing in Africa. A not so obvious relationship. In: *African Affairs* 108 (432). p. 453 - 473.

Morgenthau, H. 1978: *Politics among Nations*. New York: Alfred A. Knopf.

Norris, P. 2008: *Driving Democracy. Do Power-Sharing Institutions work?* New York/Cambridge: Cambridge University Press.

North, D. C. 1990: *Institutions, institutional change, and economic performance*. New York: Cambridge University Press.

Polity IV Project 2014: *Political Regime Characteristics and Transitions 1800 - 2013*. Center for Systemic Peace. In: <http://www.systemicpeace.org/polity/polity4x.htm>, Zugriff am 28.06.2016.

Prunier, G. 2009: *Africa's World War. Congo, the Rwanda Genocide, and the Making of a Continental Catastrophe*. New York: Oxford University Press.

Rice, S. E. /Patrick, S. 2008: *Index of State Weakness in the developing world*. Washington, DC: The Brookings Institution.

Roessler, P. 2011: *The Enemy Within. Personal Rule, Coups, and Civil War in Africa*. In: *World Politics* 63 (2). p. 300 - 346.

Rogier, E. 2003: *The inter-congolese dialogue. A critical overview*. In: Malan, M./ Gomes Porto J. (Ed.): *Challenges of Peace Implementation. The UN Mission in the Democratic Republic of the Congo*. South Africa: Institute for Security Studies. p. 25 - 42.

Sandbrook, R. 2000: *Closing the circle. Democratization and development in Africa*. Toronto: Between the Lines; London/New York: Zed Books Ltd.

Siefken, S. T. 2007: Expertenkommissionen im politischen Prozess. Eine Bilanz zur rot-grünen Bundesregierung 1998 - 2005. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. p. 117 - 119.

Simons, C. /Zanker, F. /Mehler, A. /Tull, D. M. 2013: Power-Sharing in Africa's war zones. How important is the local level? In: The Journal of Modern African Studies 51 (04). p. 681 - 706.

SIPRI 2015: SIPRI Military Expenditure Database. Stockholm International Peace Research Institute. In: <https://www.sipri.org/databases/milex>, Zugriff am 18.06.2016.

Spears, I. S. 2000: Understanding inclusive peace agreements in Africa. The problems of sharing power. In: Third World Quarterly 21 (1). p. 105 - 118.

Spears, I. S. 2002: Africa. The Limits of Power-Sharing. In: Journal of Democracy 13 (3). p. 123 - 136.

Spears, I. S. 2013: Africa's Informal Power-Sharing and the Prospects for Peace. The problems of Power Sharing. In: Third World Quarterly 21 (1). p. 105 - 118.

The Global Economy 2016: DR Congo. Government Effectiveness. In: http://www.theglobaleconomy.com/Democratic-Republic-of-the-Congo/wb_government_effectiveness/, Zugriff am 28.06.2016.

Tull, D. M./ Mehler, A. 2005: The hidden costs of power-sharing. Reproducing insurgent violence in Africa. In: African Affairs 104(416). p. 375 - 398.

United Nations 1992: An Agenda for Peace. Un Documents A/47/277. In: <http://www.un-documents.net/a47-277.htm>, Zugriff am 20.02.2016.

UN Peacemakers 2003: Inter-Congolese Negotiations. The Final Act (Sun City Agreement). In: <https://deref-web.de/mail/client/dereferrer/?redirectUrl=http%3A%2F%2Fpeacemaker.un.org%2Fdrc-suncity-agreement2003>, Zugriff am 06.07.2016.

Walter, B. F. 2002: Committing to peace. The successful settlement of civil wars. New Jersey: Princeton University Press.

Walter, B. F. 2003: Explaining the Intractability of Territorial Conflict. In: International Studies Review 5 (4). p. 137 - 153.

Waltz, K. 1979: *Theory of International Politics*. Reading, MA: Addison-Wesley.

Zanker, F./ Simons, C. /Mehler, A. 2014: Power, Peace, and Space in Africa. Revisiting territorial Power-Sharing. In: *African Affairs* 114 (454). p. 72 - 91.